Vossische Zeitung
14./II. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Eine Entscheidung der Breslauer Sozialdemokratie. Die beiden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für Breslau haben bei der Entscheidung über die Kriegskredite am 21. Dezember gegeneinander gestimmt: Bauer (Breslau-Ost) für, Eduard Bernstein (Breslau-West) gegen die Kredite. Am Sonntag hat nun der sozialdemokratische Verein in Breslau nach fünfstündiger Aussprache eine längere Resolution gegen die Kriegskreditverweigerer im Reichstag mit 400 gegen 10 Stimmen angenommen. Von den beiden Breslauer Reichstagsabgeordneten war Abg. Bauer-Berlin erschienen. Der erkrankte Abg. Eduard Bernstein hatte, wie uns aus Breslau gedrahtet wird, schriftlich um Verschiebung der Aussprache vergeblich ersucht.

*

„Die Reichszentrale der Parteizerstörer." Unter dieser Ueberschrift weist die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme" auf eine Mitteilung des „Vorwärts" hin, wonach die Polizei in Stuttgart von der Abhaltung einer nicht angemeldeten Vertrauensmännerversammlung Kenntnis erhielt „durch Beschlagnahme eines Briefes in Duisburg, in dem eine in der Sitzung gefaßte Resolution enthalten war". — Das sozialdemokratische „Bochumer Volksbl." sagt dazu: „Da ist endlich das eigene Eingeständnis der Parteizerstörer von ihrer Zentralisation über das ganze Reich. Es ist uns seit längerer Zeit bekannt, daß Duisburg der Mittelpunkt der auf die Parteispaltung hinarbeitenden Elemente ist. Von dort ist auch der Plan der Reichskonferenz der Minderheit ausgegangen, der aber wieder fallen gelassen zu sein scheint. Die offizielle Parteiorganisation des Niederrhein hat natürlich mit diesen Geschichten nichts zu tun, aber wir glauben, daß ihr so viel davon bekannt geworden ist, daß sie in der Lage wäre, dem gefährlichen Treiben einen Riegel vorzuschieben. In dieses Wespennest mit fester Hand einzugreifen, läge im wohlverstandenen Interesse der Partei. Das Bestehen der Zentrale über das ganze Reich kann nun nicht mehr bestritten werden. Was interessierte es wohl Parteigenossen in Duisburg, was ein paar Crispinianer in Stuttgart in einer Sitzung beschlossen haben! Ein solches Interesse ist nur vorhanden beim Bestehen einer gemeinsamen Organisation, die planmäßig handeln soll, sich aber nicht durch öffentliche Bekanntmachungen verständigen kann." — Auch der „Chemn. Volksst." ist es bekannt, „daß die extreme Richtung der Minderheit (Gruppe Liebknecht-Rühle-Borchardt-Radek) eine besondere Parteiorganisation bereits besitzt und planmäßig daran arbeitet, sie auf Kosten der sozialdemokratischen Parteiorganisation zu stärken".

*

Adolf Hoffmann gegen Hänisch. Der sozialdemokratische Landtagsabg. Hänisch hat, wie wir berichtet haben, vor kurzem in einer Uebersicht der Bestrebungen zur Vergewaltigung der Minderheit in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion durch die Fraktionsmehrheit im „Hamburger Echo" geschrieben, sein Fraktionskollege Adolf Hoffmann habe mit der ihn auszeichnenden schönen Offenheit zugegeben, ihm — Hänisch — sei die Rede zum Kultusetat nicht wieder übertragen worden wegen seiner durchaus „nationalistischen" Rede vom vorigen Jahr. Diese Darstellung ist, wie jetzt Abg. Adolf Hoffmann dem „Hamb. Echo" schreibt, völlig unrichtig. In einem Privatgespräch im Wandelgang des Abgeordnetenhauses — schreibt Hoffmann — fragte mich Hänisch, was ich eigentlich persönlich gegen ihn hätte, und auf meine Antwort: „Nicht das Geringste, wenn ich auch sehr bedauere, mich politisch in Dir vollständig getäuscht zu haben," erwiderte er: „Ich halte heute noch meine vorjährige Kultusrede für die beste Rede, die ich je gehalten habe." Darauf gab ich ihm die Antwort: „Dann bist Du völlig unkurabel, denn die Rede war keine sozialdemokratische, sondern eine nationalliberale." Hier blieb er erstaunt stehen und fragte: „Nationalliberale sagst Du?" Ich: „Ja — ich will aber damit die Nationalliberalen nicht diskreditieren." Aus der Entgegnung des Gen. Hänisch geht also hervor, daß er das Wort „nationalliberal" bewußt in „nationalistisch" umgeändert hat."